

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

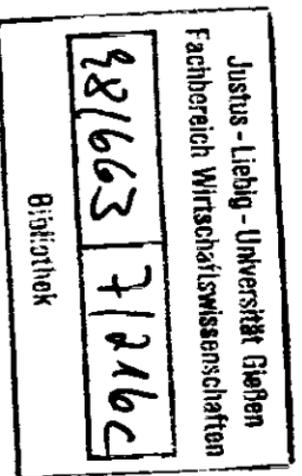
Lampert, Heinz:

Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland /
Heinz Lampert. - 13., völlig überarb. Aufl. - München; Landsberg am Lech :

Olzog, 1997

(Geschichte und Staat ; Bd. 278)

ISBN 3-7892-7663-4



ISBN ISBN 3-7892-7663-4

© Günter Olzog Verlag GmbH, München und Landsberg am Lech
Internet: <http://www.olzog.de>

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung
sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in
irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter
Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt
oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: Gruber & König, Augsburg
Druck- und Bindarbeiten: Presse-Druck Augsburg

Printed in Germany

ZWEITER TEIL: DIE ENTSTEHUNG DER

SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

I. Die Ausgangslage¹

Im Ausland hat von allen Ereignissen der deutschen Geschichte im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg die westdeutsche Wirtschaftspolitik die meiste Beachtung gefunden². Sie stand im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft. Mit der unter diesem Begriff betriebenen Wirtschaftspolitik, insbesondere Wirtschaftsordnungspolitik, in der im In- und Ausland als "Wunder" bezeichnete Wiederaufstieg eines Teils Deutschlands untrennbar verbunden. "Sollte jemand (1945) diese Entwicklung vorausgesagt haben, so sind seine Worte jedenfalls der Nachwelt nicht erhalten geblieben. Deutschland hat nicht nur die Propheten, sondern auch die Wirtschaftswissenschaftler überrascht."³

Die weltweite Überraschung über die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik, die hervorragende Beachtung, die ihre Wirtschaft und Sozialordnung fand und nach wie vor findet, die erbrachte wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Leistung, die Kühnheit und das Vertrauen in die Konzeption einer freihandlichen Ordnung, die Ludwig Erhard als Direktor des Zweizonenwirtschaftsrates den damaligen Widerständen im eigenen Land und den wirtschaftspolitischen Tendenzen in Europa entgegensetzte⁴, können nicht ohne

- 1 Zur Entstehung und Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft gibt es mittlerweile eine sehr umfangreiche Literatur. Sie ist systematisch erfaßt in K. P. Dapper, G. Hahn, Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland 1945/49-1981, Baden-Baden 1983 sowie in G. Hahn, Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland 1982 - 1987, Baden-Baden 1989.
- 2 H. C. Wallich, Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt 1955, S. 108.
- 3 Ders., a.a.O., S. 1. K. J. Galbraith schrieb - bezogen auf die zerstörte westdeutsche Wirtschaft - im März 1948: "The only way in which this deterioration can be reversed is by organized action - that is by planning." K. J. Galbraith, The German Economy, in: S. E. Harris, Foreign economic policy for the United States, Cambridge Mass. 1948, S. 91 ff., insbes. S. 94 f.
- 4 Vgl. dazu L. Erhard, Wohlstand für alle, bearbeitet von W. Langer, 8. Aufl., Düsseldorf 1964, S. 18 ff.; L. Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, Düsseldorf u.a. 1962; H. C. Wallich, a.a.O.; H. H. Götz, Weil alle besser leben wollen: Portrait der deutschen Wirtschaftspolitik, Düsseldorf/Wien 1963, insbes. S. 14 ff. Vgl. zu Erhards Konzeption insbes. H. F. Wütsche, Ludwig Erhards Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeption, Bonn 1986.

Berücksichtigung der Ausgangslage gewürdigt werden, in der sich Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg befand⁵.

Deutschland hat 1945 die größte militärische, politische, wirtschaftliche und soziale Katastrophe seiner Geschichte erlitten.

Der militärische Bankrott manifestierte sich in der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945, die das politische und wirtschaftliche Schicksal Deutschlands völlig in die Hände der alliierten Siegermächte legte. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt, alle deutsche gesetzgebende, richterliche und exekutive Gewalt wurde aufgelöst und ging an den Alliierten Kontrollrat über, der am 5. Juni 1945 aus den vier Oberbefehlshabern der Besatzungsmächte gebildet wurde. Jeder Oberbefehlshaber besaß die vollziehende Gewalt für sein Gebiet. Diese politische Teilung und die Einrichtung des Alliierten Kontrollrats als "Regierung" in Deutschland wurde durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz (17. 07. - 02. 08. 1945) bestätigt. Wirtschaftlich sollte Deutschland als eine Einheit behandelt werden. Da aber der Kontrollrat nur einstimmige Beschlüsse fassen konnte und die Interessen der Alliierten, insbesondere die der Sowjetunion einerseits und die der westlichen Alliierten andererseits, meist auseinandergingen, besiegelten die Potsdamer Beschlüsse nicht nur eine vierfache politische, sondern auch wirtschaftliche Teilung Deutschlands, bis sich Anfang 1947 die USA und Großbritannien, 1948 auch Frankreich, zu einer gemeinsamen, gegen die Absichten der Sowjetunion gerichteten Politik entschlossen.

Die Wirtschaftspolitik der Besatzungsmächte begann entsprechend ihrer ursprünglich verfolgten Politik der Vergeltung, der Reparationen und der permanenten militärischen und politischen Läherung Deutschlands im Zeichen des Morgenthau-Planes, der u. a.

- 5 Als Quellen mit ausführlichen Darstellungen dieser Ausgangslage seien genannt: G. Stolper, Die deutsche Wirklichkeit, Hamburg 1949 (die wohl hervorragendste Arbeit über jene Zeit); G. Stolper, K. Häuser, K. Borchardt, Deutsche Wirtschaft seit 1870, 2. Aufl., Tübingen 1966; Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard (Harnsen-Bericht), Bremen 1947; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Die Deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, Berlin 1947; Mitteilungsblätter des Verwaltungsamtes für Wirtschaft 1947 - 1949. Vgl. als gute Darstellung der wirtschaftlichen und politischen Ausgangslage und der Entwicklung auch H. Kisdler u.a. Die Bundesrepublik Deutschland. Vorgeschichte und Geschichte 1945 - 1983, Bonn 1985.

vorsah: die Demontage und Zerstörung aller Schlüsselindustrien, auf denen eine neue Rüstungsindustrie hätte aufgebaut werden können; die Bildung eines süddeutschen und eines norddeutschen Staates; die Zerstörung des Industriezentrums an der Ruhr; die Demontage und Verteilung von Industrieanlagen und industriellen Ausstattungen an die Siegermächte; die Zwangsarbeit Deutscher im Ausland; die Rückführung Deutschlands auf das Niveau einer vorwiegend von der Landwirtschaft lebenden Volkswirtschaft. Teile dieses Planes gingen in das Potsdamer Abkommen ein.

Demensprechender war die Politik der Alliierten in den ersten Nachkriegsjahren (neben der Beschlagnahme des deutschen Auslandsvermögens) gekennzeichnet durch die im "Plan des Alliierten Kontrollrates für die Reparationen und die Kapazität der deutschen Nachkriegswirtschaft" vom 28. März 1946 vorgesehenen Demontagen, Produktionsverbote und Beschränkungen der Industrieproduktion auf 50 bis 55 % des Standes von 1938. Der durchschnittliche Lebensstandard in Deutschland sollte den durchschnittlichen Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigen.

Nicht weniger tristlos als die politische Ausgangslage stellte sich die wirtschaftliche und soziale Ausgangslage dar. Etwa 20 % der gewerblichen Bauten und des gewerblichen Inventars, 20 bis 25 % der Wohnungen, 40 % der Verkehrsanlagen waren durch Kriegszerstörungen verlorengegangen. 25 % der Fläche des Reichsgebietes von 1937 mußten abgetreten werden (Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie). Das deutsche Auslandsvermögen wurde beschlagnahmt. Alles in allem kann man den Kapazitätsverlust der deutschen Volkswirtschaft durch Krieg und Kriegsfolgen auf 50 % ihrer Vorkriegskapazität schätzen. Das restliche Realkapital war überwiegend veraltet und abgenutzt.

3,5 Millionen Menschen waren als Kriegstote zu beklagen. Die Zahl der Vermißten betrug Mitte November 1947 noch 1,7 Millionen; zur gleichen Zeit befanden sich noch 1,7 Millionen Männer als Gefangene im Gewahrsam der Siegermächte. 40 % der Bevölkerung gehörten als Kriegsgeschädigte, Totalbombengeschädigte, Flüchtlinge und Ausgewiesene zu den unmittelbaren Kriegsopfem. Von 1945 bis 1947 hatte der Flüchtlings- und Vertriebenenstrom 12 Millionen Menschen erfüllt. Etwa 60 % der Bevölkerung waren stark unterernährt. Der Nahrungsmittelverbrauch war im September 1946 in

Berlin pro Kopf und Tag durch das Lebensmittelkartensystem auf 1728 Kalorien festgelegt. Für einen erwachsenen Menschen aber wurden nach den amtlichen Standardzahlen des Völkerbundes (ohne Berücksichtigung einer Arbeitsleistung) 2750 Kalorien für notwendig gehalten. 1946 betrug das Sozialprodukt etwa 40 % des Sozialproduktes von 1938 bei etwa gleich großer Bevölkerung.

Diese Zahlen sind Ausdruck millionenfachen Leidens und millionenfacher Verarmung. Hinter ihnen verborgen sich Flüchtlings-, Wohnungs-, Hungersnot und seelische Not. Diese Nöte, die Trennung der Familien, die Ungewißheit über das Schicksal der Kriegsgefangenen und der Vermißten, die Unsicherheit über die wirtschaftlichen und politischen Zukunftsaussichten und über die Politik der Siegermächte, die zunächst von Verachtung, Haß und Vergeltung geprägt war, führten zu Resignation und Lethargie der Bevölkerung, zu einer Mißachtung der Bewirtschaftungsvorschriften, zu Schwarzhandel, zu steigender Korruption und Untergrabung der Moral.

Die Alliierten entschlossen sich angesichts des wirtschaftlichen Chaos, der weitgehenden Zerstörung der Produktionsanlagen und des Warenmangels sowie angesichts ihrer Nachkriegsziele, deren Erreichung wirtschaftliche Kontrolle voraussetzte, zu einer Beibehaltung der verwaltungswirtschaftlichen Elemente der nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung. So blieben bis 1948 in Kraft:

1. die Rationierung lebenswichtiger Nahrungsmittel und anderer Verbrauchsgüter, wie Kleidung, Wäsche, Schuhe usw. durch ein Bezugscheinssystem;
2. die Bewirtschaftung und Zuteilung aller Grundstoffe und Rohstoffe sowie aller Betriebsstoffe (Kohle, Eisen, Stahl, Öl, Kraftstoffe, Leder usw.);
3. Preis- und Lohnstopverordnungen;
4. die staatliche Kontrolle der Ein- und Ausfuhr, die Festsetzung der Preise von Außenhandelsgütern und die Devisenkontrolle;
5. Produktionsvorschriften und Abieferungspflicht für bewirtschaftete Produkte.

Es gab keine funktionsfähige Geldordnung. Eine der Nachkriegsypothecken war die aus der Kriegsfinanzierung resultierende Inflation. Zwischen 1935 und 1945 stieg der Bargeldumlauf von 6,3 auf

73 Milliarden Reichsmark, die Bankguthaben wuchsen von ca. 30 auf mehr als 150 Milliarden Reichsmark an. Die Reichsschuld vergrößerte sich von 15 auf 415 Milliarden Reichsmark, während das reale Volkvermögen in der angegebenen Zeit auf etwa 2/3 sank, nämlich von rund 370 auf 250 Milliarden Reichsmark⁶. Durch den Geldüberhang war der einzelne vom laufenden Arbeitsverdienst unabhängig: der Erlös aus dem Verkauf der Zigarettenzeitung (40 Stück für 6 Wochen pro Mann) auf dem schwarzen Markt entsprach dem Arbeitsverdienst eines ungelerten Arbeiters aus zwei Wochen Arbeit. Mit Geld allein konnte man kaum etwas kaufen, sondern nur gegen Geld in Verbindung mit Lebensmittelmarken und Warenbezugscheinen - abgesehen vom schwarzen Markt, auf dem die Preise um das Zehn- bis Hundertfache über den amtlichen, gestoppten Preisen lagen. Die gängigste Tausch- und Recheneinheit jener Zeit war nicht die Reichsmark, sondern die amerikanische und englische Zigarette.

Gustav Stolper, der als Wirtschaftssachverständiger den amerikanischen Expräsidenten Herbert Hoover im Februar 1947 auf einer Deutschlandreise begleitete, deren Ergebnis den Umschwung der amerikanischen Deutschlandpolitik beschleunigte, zeichnete folgendes Bild:

"So also sieht Deutschland mehr als zwei Jahre nach der bedingungslosen Übergabe aus: eine in ihrer biologischen Substanz unheilbar verstümmelte Nation ...; eine intellektuell vertripelte Nation ...; eine durch die Zerreißung der Familienbande moralisch runtergebrachte Nation...; eine Nation städtischer und industrieller Zivilisation, deren Städte fast alle in Trümmern, deren Fabriken zerschmettert liegen; eine Nation ohne Nahrung und Rohstoffe, ohne funktionierendes Verkehrssystem oder gültige Währung; eine Nation, deren soziales Gefüge durch Massenflucht, Massenwanderung, durch massenhafte Zwangsansiedlung von Fremdlingen zerrissen ist; eine Nation, deren riesenhafte Staatsschuld annulliert ist, deren Bankdepositionen entweder beschlagnahmt oder durch Währungsverfall entwertet sind, wo Massenmeinung von industriellem und gewerblichem Eigentum als ein Akt politischer Raube angeordnet oder durch Abstimmung beschlossen wurde; eine Nation, die, nachdem sie die Provinzen verlor, die die Quelle eines Viertels ihrer Nahrung wa-

ren, in unmittelbarer Gefahr einer zweiten Teilung zwischen ihren frühle- ren westlichen und östlichen Feinden steht; eine Nation, in der es, mehr als zwei Jahre nach dem Sieg der friedliebenden Demokraten, keine Demo- rantie persönlicher Freiheit gab, kein Habas Corpus und keine Demo- kratie... ein Land, wo in Hunger und Angst die Hoffnung erstarb und mit ihr der Glaube an all die Ideale, für die wenigstens die Westmächte kämpften und ihre Söhne in Scharen opfereten."⁷

"Dieses Deutschland, so zerschmettert es am Boden liegt, ist immer noch ein unheimliches Rätsel für die Welt und wird es bleiben, bis es einmal seine Sprache wiederfindet. Das neue Deutschland hat noch keine Stim- me, es spricht die Außenwelt noch nicht an und gewinnt ihr gegenüber keinen Ausdruck... Welches politische Idiom sich schließlich aus dieser Verwirrung herauslösen wird, können wir nicht voraussagen. Aber aus allen Hüllen der Zweifel tritt eine Gewißheit hervor: Die Zukunft Deutschlands ist die Zukunft europäischer Freiheit. In Deutschland wird sie triumphieren oder zugrunde gehen."⁸

Dieser Erkenntnis konnten sich auch die westlichen Alliierten nicht verschließen. Unter Führung der Vereinigten Staaten änderten sie ihre Politik und schufen damit eine der Voraussetzungen für die Ent- stehung der Sozialen Marktwirtschaft⁹.

II. Voraussetzungen für die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft (Startbedingungen)

A. Die politischen Voraussetzungen

An warnenden Stimmen, die sich aus humanitären, wirtschaftlichen und/oder politischen Gründen gegen eine Nachkriegspolitik der Ver- geltung und der wirtschaftlichen Zerschlagung Deutschlands gewen- det hatten, hat es nicht gefehlt.

Schon während des Krieges traten Herbert Hoover (1942), John Maynard Keynes, der schon den Versailler Vertrag seiner ökonomi-

7 G. Stolper: Die deutsche Wirtschaft, S. 159 f.

8 Eberda, S. 292.

9 Vgl. dazu auch R. Blum, Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus, Tübingen 1969, Teil II.

6 H. Möller, Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, Basel - Tübingen 1961, S. 223.

schen Konsequenzen wegen kritisiert hatte¹⁰, und eine Studiengruppe des englischen „Royal Institute of International Affairs“ (1943) für eine tragbare Regelung der Wiedergutmachung ein. Victor Gollancz hat die alliierten Nachkriegspläne scharf angegriffen und als kalblütigen Entschluß bezeichnet. Am 06. 09. 1946 ließ Präsident Truman seinen Außenminister James F. Byrnes erklären, daß dem deutschen Volk nicht das Recht beschnitten werden soll, seine Industrie für wirtschaftliche Zwecke wiederaufzubauen. Truman entstande im Februar 1947 Herbert Hoover mit einer Sachverständigenengruppe nach Deutschland. In den daraus resultierenden drei Hoover-Berichten wurde u. a. festgestellt, daß der Morgenthau-Plan nur durch die Ausrottung von 25 Millionen Menschen oder durch ihre Deportation realisierbar sei, und die Forderung nach einer neuen Wirtschaftspolitik erhoben. Am 05. 06. 1947 führte Außenminister G. C. Marshall in der Harvard-University aus:

„Die Wahrheit ist, daß die Bedürfnisse Europas an ausländischen Nahrungsmitteln und anderen lebenswichtigen Produkten, in der Hauptsache aus Amerika, in den nächsten drei oder vier Jahren größer sein werden als die gegenwärtige Fähigkeit Europas, dafür zu zahlen. Europa muß deshalb eine wesentliche zusätzliche Hilfe erhalten oder einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verelendung entgegengehen... Es ist daher logisch, daß die Vereinigten Staaten alles mögliche tun sollten, um die Wiederkehr normaler, gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt herbeizuführen, ohne die eine politische Stabilität und ein gesicherter Frieden nicht bestehen können.“

Damit war die Idee des *Marshall-Planes* geboren, dem für die wirtschaftliche Entwicklung Europas und insbesondere der Bundesrepublik entscheidende Bedeutung zukommt. Kurz nach der Rede Marshall's, am 29.08. 1947, wurde ein "revidierter Industrieplan" für die britische und amerikanische Zone verkündet, der, statt der im ursprünglichen Industrieplan vorgesehenen 70 bis 75 % der Erzeugung des Jahres 1936, eine Erzeugung von 100 % des Jahres 1936 vorsah.

Damit zeigten sich immer größer werdende Divergenzen zwischen der Politik der westlichen und der östlichen Alliierten. Die

¹⁰ J. M. Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, München 1920; ders., Revision des Friedensvertrages, München, Leipzig 1922. Vgl. auch R. Harrod, The Life of John Maynard Keynes, London 1951.

östliche Seite hielt unbeeinträchtigt an der Politik der Vergeltung, der Reparationen, der Demonstrationen und der wirtschaftlichen Niederhaltung ihrer Besatzungszone fest. Überdies hatte die UdSSR in ihrer Zone politische und wirtschaftspolitische Akte gesetzt bzw. zugelassen, die, wie z. B. die entschädigungslose Enteignung aller Banken und Sparkassen, die entschädigungslose Enteignung des Grundbesitzes über 100 ha, die entschädigungslose Enteignung etwa der Hälfte der Industriekapazität, die Verschmelzung der KPD und der SPD zur SED, entscheidende Grundlagen für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft nach dem Vorbild der UdSSR legten¹¹. Dagegen hatten am 29. 05. 1947 die Oberbefehlshaber der beiden angelsächsischen Zonen ein Abkommen getroffen, aus dem teilweise seit dem 01. 01. 1947 gemeinsam verwalteten Zonen das *Vereinigte Wirtschaftsgebiet* zu schaffen, um gemäß dem Potsdamer Abkommen die wirtschaftliche Einheit Deutschlands aus zwei Gründen wiederherzustellen. Einmal, um die wirtschaftliche Not in Deutschland zu beheben und den europäischen Wiederaufbau zu fördern, der nicht ohne die deutsche, vielfältig mit der Wirtschaft seiner Nachbarländer verflochtenen Industrie möglich war, zum anderen, weil die wirtschaftliche Verelendung Deutschlands den besten Nährboden für den Kommunismus geschaffen hätte, dessen Expansions Tendenzen sich deutlich erkennbar abzeichneten.

Das "Vereinigte Wirtschaftsgebiet" wurde durch einen "Wirtschaftsrat" (Parlament), einen "Länderrat" (gleichsam als zweite Kammer) und ein "Direktorium" verwaltet. Wenngleich diese Verwaltung auf wirtschaftliche, soziale und finanzielle Befugnisse beschränkt war und die im Wirtschaftsrat beschlossenen Gesetze der Zustimmung des Kontrollrates bedurften, war damit doch die Übergabe politischer Befugnisse an deutsche Instanzen eingeleitet.

Frankreich und die UdSSR traten dem Abkommen, das auch eine politische Vereinigung dieser Gebiete bedeutete, nicht bei. Noch in dem drei Monate später erlassenen, "revidierten Industrieplan" hielten die angelsächsischen Mächte ihr Angebot an Frankreich und die Sowjetunion aufrecht, sich dem Zweizonenwirtschaftsgebiet anzuschließen.

¹¹ Vgl. dazu E. Deuerlein, DDR 1945 - 1970. Geschichte und Bestandsaufnahme, dtv-Dokumente, München 1971, S. 33 ff. sowie E. Richter, Das zweite Deutschland. Ein Staat, der nicht sein darf, 1966, Kapitel "Die kalte Revolution und ihre Väter", S. 23 ff.

schließen. Etwa ein Jahr später, am 06.06.1948, trafen dann Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg, die Niederlande und die USA ein Übereinkommen über den staatlichen Wiederaufbau in den westlichen Besatzungszonen. Am 01.07.1948 wurden den elf Ministerpräsidenten der Länder der drei Westzonen die sogenannten "Frankfurter Dokumente" ausgehändigt. Darin waren die allgemeinen Richtlinien für den Aufbau der Bundesrepublik enthalten.

Die neue Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten war eine wesentliche politische Voraussetzung für die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft, denn diese neue Politik bedeutete die Übertragung allgemeinpoltischer und wirtschaftspolitischer Selbstbestimmungsrechte an deutsche Instanzen, insbesondere an die Verwaltung für Wirtschaft des "Vereinigten Wirtschaftsgebietes", zu dessen Direktor am 2. März 1948 Ludwig Erhard gewählt wurde. Eine weitere Vorbedingung für das Wiedererstehen einer marktwirtschaftlichen Ordnung hatten ebenfalls maßgeblich die Alliierten geschaffen, nämlich die Währungsreform vom 20. Juni 1948.

B. Wirtschaftliche Voraussetzungen

1. Die Währungsreform

In den Jahren von 1945 - 1947 wurde die während des Krieges zurückgestaute Inflation sichtbar. Das Geld erfüllte seine Funktionen nicht mehr. Es wurde zurückgewiesen und durch Zigaretten, Butter und andere Sachgüter verdrängt. Die Unternehmen und die Verbraucher tauschten wie in einer primitiven Naturaltauschwirtschaft Waren gegen Waren. Es war klar geworden, daß eine positive Entwicklung und eine Neuordnung der Wirtschaft nur möglich waren, wenn das Geldwesen neu geordnet, wenn eine funktionsfähige Geldordnung geschaffen wurde. Die Wichtigkeit der Währungsreform kann auch daran abgelesen werden, daß in den drei Jahren nach dem Zusammenbruch mindestens 218 Währungsreformvorschläge ausgearbeitet wurden¹².

Die Währungsreform war keine von deutschen Experten entworfene und von Deutschen durchgeführte Reform. Sie erfolgte vielmehr durch die westlichen Alliierten.¹³ Die Sonderstelle "Geld und Kredit" bei der Wirtschaftsverwaltung des "Vereinigten Wirtschaftsgebietes" konnte nur in Einzelfragen Einfluß gewinnen. Die einschlägigen Gesetze und Verordnungen wurden von den Militärregierungen der drei Westmächte im Juni 1948 unter Ausschluß der russischen Militärregierung erlassen, die sich weigerte, sich der Währungsreform anzuschließen. Damit wurde die deutsche Teilung durch die Währungspolitik vertieft. Bereits ein Jahr vor der Währungsreform hatte Gustav Stolper geschrieben:

"Da man... nicht zulassen kann, daß das Währungschaos sich immer weiter verbreitet und vertieft, bleibt den Westmächten nichts übrig, als in ihren Zonen jetzt einmal mit der Währungsreform zu beginnen. Niemand täuscht sich über die Tragweite eines solchen Aktes. Er könnte die politische Teilung Deutschlands besiegen mit allen Folgen für die Zukunft Europas und der Welt. Dieser Ausblick ist so erschreckend, daß er das Zögern der maßgeblichen Männer in der amerikanischen und britischen Militärregierung erklärt und rechtfertigt. Zwei Jahre nach Potsdam haben sich Washington und London überzeugt, daß der Bruch unvermeidlich ist, weil sonst ihre eigenen Zonen in einen Morast von Hunger, Verzweiflung und sozialen Verfall versinken müßten... Aber niemand hat Grund, sich über den Ausblick zu freuen... Bestehen einmal eine westliche und eine östliche deutsche Währung nebeneinander, so wird die Trennung der beiden Teile Deutschlands vollkommen, dann wird es für einen Deutschen vielleicht schwieriger sein, eine Reise von Kassel nach Leipzig zu finanzieren, als nach New York."¹⁴

Die Währungsreform hat den Wirtschaftsablauf schlagartig verändert. Die französischen Ökonomen Jacques Rueff und André Pietre schildern die Lage wie folgt¹⁵:

¹³ Vgl. dazu R. Smekten, Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 - 1963, 3. Aufl., Tübingen 1964, S. 193 ff. und E. Hielscher, Der Leidensweg der deutschen Währungsreform, München, 1948.

¹⁴ G. Stolper, Die deutsche Wirtschaftlichkeit, a.a.O., S. 130 f.

¹⁵ Jacques Rueff, Natürliche Erklärung eines Wunders, in: A. Hunold (Hrsg.), Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach - Zürich 1953, S. 205 f.

"Der schwarze Markt verschwand plötzlich. Die Auslagen waren zum Bersten voll von Waren, die Fabrikschornsteine rauchten, und auf den Straßen wimmelte es von Lastkraftwagen. Wo es auch sei, überall statt der Totensille der Ruinen das Geräassel der Bausellen. Aber war schon der Umfang dieses Wiederaufstiegs erstaunlich, so noch mehr seine Plötzlichkeit. Er setzte auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens auf den Glockenschlag mit dem Tage der Währungsreform ein."

Nur Augenzwischen können einen Begriff von der buchstäblich augenblicklichen Wirkung geben, die die Währungsreform auf die Wieder-
aufüllung der Läger und die Reichhaltigkeit der Auslagen gehabt hat. Von einem Tag auf den anderen füllten sich die Läden mit Waren, fingen die Fabriken wieder an zu arbeiten. Noch am Abend vorher liefen die Deutschen ziellos in den Städten herum, um kärgliche zusätzliche Nahrungsmittel aufzutreiben. Am Tage darauf dachten sie nur noch daran, sie zu produzieren. Am Vorabend malte sich die Hoffnungslosigkeit auf ihren Gesichtern, am Tage darauf blickte eine ganze Nation hoffnungsfreudig in die Zukunft. So kann also niemand daran zweifeln: Der entscheidende Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft setzte mit der Währungsreform ein."

Die Währungsreform hat nicht nur den Wirtschaftsablauf, sondern auch die Wirtschaftsordnung Westdeutschlands entscheidend beeinflusst¹⁶. Sie hat die Bahn freigemacht für eine weitere Voraussetzung der Entstehung einer marktwirtschaftlichen Ordnung, nämlich für die Aufhebung der Verwaltungswirtschaft.

2. *Aufhebung und Abbau der Bewirtschaftungsvorschriften*

Es war nur eine natürliche Reaktion auf die in der Kriegs- und Nachkriegszeit weitreichende staatliche Bewirtschaftung der Güter, der Kontrolle von Produktion und Investition, eine Reaktion auf die Entmündigung des Verbrauchers, des Produzenten und des Händlers, daß trotz unterschiedlicher Auffassungen über die wünschenswerten Wirtschaftsordnung in den Westzonen viele maßgebende Persönlichkeiten einer relativ freien Marktwirtschaft zuneigten¹⁷.

¹⁶ H. Möller, Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, a.a.O., S. 3 f.

¹⁷ Daß beiläufig keine Einmütigkeit bei allen wirtschaftspolitisch Verantwortlichen herrsche, zeigt folgendes Zitat aus dem Referat von O. v. Nell-Brenning über "Rolle und Aufgabe des Staates im Konzept der sozialen Marktwirtschaft"

Bereits vor der Durchführung der Währungsreform hatte sich der Wissenschaftliche Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft des "Vereinigen Wirtschaftsgebietes" zur Frage der Wirtschaftsordnung geäußert. Die wesentlichen Kernsätze dieses Gutachtens lauten:

1. "Die Währungsreform ist nur sinnvoll, wenn eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Wirtschaftsentwicklung mit ihr verbunden wird ... Durch die Währungsreform wird die wirksame Nachfrage so beschränkt, daß eine totale Verbrauchsregelung und Zwangsbewirtschaftung gegenstandslos wird ..."

Im Rahmen der Steuerung durch den Preis können in der Übergangszeit Sonderregelungen auf Einzelgebieten erforderlich sein. So erscheinen gewisse mengenmäßige Verbrauchsrationierungen auf dem Gebiet der Grundnahrungsmittel ... sowie im Wohnungswesen unerlässlich. Hierdurch soll ein Überverbrauch und ein Ansammeln von Vorräten durch Schichten der höheren Einkommen verhindert und eine von der Einkommensverteilung insoweit unabhängige gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung mit diesen Gütern sichergestellt werden."

2. "Der Beirat vertritt die Auffassung, daß die Funktion des Preises, den volkswirtschaftlichen Prozeß zu steuern, in möglichst weitem Umfang zur Geltung kommen soll. Diese Auffassung schließt Verteilungsmaßnahmen aus, sofern nicht zwingende, insbesondere soziale Gründe, für sie sprechen."

Daß sich der Beirat mit seinem Votum für die Steuerung des Wirtschaftsprozesses durch freie Preise nicht eindeutig für eine bestimmte Wirtschafts- und Sozialordnung festlegen wollte, zeigt der folgende Satz:

(vielfältiges Manuskript): "Gewohnt, in Kategorien der Zentralverwaltungs-wirtschaft zu denken, haben denn auch die Herren von der 'Verwaltung für Wirtschaft' (der Vorläuferin des heutigen Bundesministeriums für Wirtschaft) uns (gemeint ist der seitherzeitige wissenschaftliche Beirat der 'Verwaltung für Wirtschaft': H. L.) mit Entwürfen immer neuer Pläne geradezu überschüttet. Wir, die 17 Professoren, die wir berufen worden waren, um sie zu beraten, hatten alle Hände voll zu tun, diese Pläne zu zerpfücken und als undurchführbar zu erweisen. Die Herren von der Verwaltung - das gereicht ihnen zu hoher Ehre - waren so unvoreingenommen sachlich, daß sie sich überzeugen ließen und mit voller Hingabe mit uns zusammengearbeitet haben, eine Ordnung der Wirtschaft zu entwerfen, die mit möglichst wenig Maßnahmen und Anordnungen von oben auskommen und der eigenen Initiative der wirtschaftenden Menschen möglichst viel freien Raum geben sollte."

"Die Steuerung durch den Preis dient dazu, das Sozialprodukt zu steigern. Dies ist die wichtigste sozialpolitische Aufgabe des Augenblicks. Dabei bleibt die weitere Frage offen, welche Wirtschafts- und Sozialordnung auf die Dauer angestrebt werden soll."

Der Beirat sprach sich schließlich für freien Außenhandel und - mit Ausnahme des Wohnungsbaues - für freien Wettbewerb aus, weil "nur eine wettbewerbliche Preisbildung auf den Gütermärkten die erforderliche Anpassung des jeweiligen Angebots an die kaufkräftige Nachfrage sicherstellt". Er forderte zur Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Machtstellungen eine "sofortige und wirksame Kontrolle der Monopole und ihrer Preisbildung"¹⁸.

Die Leitideen dieses Gutachtens fanden ihren Niederschlag in dem "Gesetz über Leisätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform" vom 24. Juni 1948, das sechs Tage nach der Währungsreform in Kraft trat.

Damit war eine wichtige gesetzliche Voraussetzung für den Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik geschaffen. Schließlich aber mußte noch eine weitere Voraussetzung gegeben sein: Es mußte eine wirtschaftsordnungsrechtliche Konzeption vorhanden sein oder entwickelt werden. Ihrer Behandlung wenden wir uns jetzt zu. Sie ist gleichbedeutend mit einer Darstellung der Ideologie, die die Soziale Marktwirtschaft trägt.

3. Steuerreform

Die Militärregierungen der drei Westzonen setzten gleichzeitig wichtige Änderungen des Steuersystems in Kraft¹⁹. Insbesondere wurde der Grenzsteuersatz für Spitzeneinkommen von 95 % um rund ein Drittel und die Körperschaftsteuer von 65 % auf 50 % verringert. Die Spar- und Investitionstätigkeit wurden durch Möglichkeiten

¹⁸ Der Wissenschaftliche Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Gutachten 1948 bis Mai 1950, hrsg. vom Bundeswirtschaftsministerium Göttingen o. J., S. 25 f.

¹⁹ Vgl. dazu A. Boss, Incentives und Wirtschaftswachstum - Zur Steuerpolitik der frühen Nachkriegszeit, Kieler Arbeitspapiere des Instituts für Weltwirtschaft, Nr. 295, 1987.

steuerlicher Abschreibung gefördert, um wirtschaftliche Aktivitäten zu stimulieren.

C. Geistige Voraussetzungen

1. Die Schöpfer der Konzeption²⁰

Die Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft läßt zwei Wurzeln erkennen: Neoliberale Soziökonomien wie Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke einerseits und die "Freiburger Schule" andererseits²¹.

A. Rüstow hatte bereits 1932 neoliberale Grundsätze formuliert. In der Emigration in Istanbul schuf er einen kultursoziologischen Unterbau für die Theorien der neoliberalen Schule²². Ebenfalls in Istanbul und in Genf entwickelte W. Röpke die sozialphilosophischen Grundlagen des Neoliberalismus²³.

Die zweite geistige Wurzel der Sozialen Marktwirtschaft sproß in Deutschland. Noch während der Herrschaft des Nationalsozialismus, nämlich 1937, eröffneten die in Freiburg lehrenden Professoren Franz Böhm, Walter Eucken und Hans Großmann-Doerth eine Schriftenreihe mit dem programmatischen Titel "Ordnung der Wirtschaft". Damit trat die ordoliberale Freiburger Schule als eine besondere Variante des Neoliberalismus an die Öffentlichkeit. Im gleichen Jahr veröffentlichte Leonhard Miksch, ebenfalls Professor in Freiburg, sein Buch "Wettbewerb als Aufgabe. Die Grundsätze einer Wettbewerbsordnung"²⁴.

²⁰ Vgl. zu diesem Abschnitt auch O. Schlecht, Die Genesis des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, in: O. Ising (Hrsg.), Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 116, Berlin 1981, S. 9 ff. sowie Chr. Blumenberg-Lampe, Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft, Stuttgart 1986.

²¹ Vgl. dazu Chr. Blumenberg-Lampe, Das wirtschaftspolitische Programm der "Freiburger Kreise", Berlin 1973.

²² Vgl. dazu A. Rüstow, Interessenspolitik oder Staatspolitik, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 187, München 1933 sowie ders., Ortsbestimmung der Gegenwart, 3 Bde., Erlenbach - Zürich 1950.

²³ Vgl. dazu W. Röpke, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, 5. Aufl., Zürich 1948 sowie ders., Civitas humana, Erlenbach - Zürich 1944.

²⁴ L. Miksch, Stuttgart - Berlin 1937 (2. Aufl., Bad Godesberg 1947).

Kernanliegen aller Neoliberalen ist die bewußte Ausgestaltung einer grundsätzlich freiheitlichen, gleichzeitig aber sozial verpflichteten Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialordnung und ihre Sicherung durch einen starken Staat.

Während die liberalen Ökonomen des 18. und 19. Jahrhunderts geglaubt hatten, daß die Marktwirtschaft nicht geschaffen, sondern gleichsam nur ans Licht gebracht werden müsse, und daß der Staat, wiewohl ihm die Aufgabe der Kontrolle der Monopole zuerkannt wurde, die Freiheit am besten durch Wirtschaftsordnungspolitische Abstinenz sichern könne, ist sich der Neoliberalismus bewußt, daß die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft eine rechtschöpferische Leistung darstellt, und daß der Staat die Aufgabe hat, durch ständigen und wachsenden Einsatz eine marktwirtschaftliche Ordnung zu erhalten und an ihrer Erhaltung und Verbesserung zu arbeiten.

Auf diesem Gedankengut aufbauend wurde die Konzeption der *Sozialen Marktwirtschaft* vor allem von den Professoren Alfred Müller-Armack, Alexander Rüstow, Wilhelm Röpké und von Ludwig Erhard entwickelt²⁵.

Mit der Konzeption allein aber war es nicht getan. Sie mußte in politische Wirklichkeit umgesetzt werden. Diese politische Leistung hat in erster Linie Ludwig Erhard, der ehemalige bayerische Wirtschaftsminister und spätere Direktor der Zweizonenwirtschaftsverwaltung, noch später Bundeswirtschaftsminister, zusammen mit dem Unterabteilungsleiter und Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Professor Müller-Armack, vollbracht, und zwar entgegen herrschenden Zeitströmungen²⁶. Die westeuropäischen Länder trieben in den ersten Nachkriegsjahren eine interventionistische Wirtschaftspolitik und staatliche Wirtschaftslenkung. Die SPD attackierte Professor Erhard durch Kurt Schmacher und Professor Nötting. Die Gewerkschaften riefen für den 12. 11. 1948 den Generalstreik gegen die Erhard'sche Wirtschaftspolitik aus. Breite Kreise der CDU und viele im Grunde liberal eingestellte Persönlichkeiten plädierten für eine staatliche Lenkung der Wirtschaft bzw. hielten eine sozialistische Wirtschaftsordnung für die einzige Möglichkeit, aus dem Chaos

herauszukommen. Erhard aber vertraute unbeirrt auf die Leistungsfähigkeit einer freiheitlichen, nichtsozialistischen Wirtschaftsordnung²⁷. Auch in den Krisen, die die Soziale Marktwirtschaft durch den Preisanstieg in der zweiten Hälfte des Jahres 1948, durch die steigende Arbeitslosigkeit vom März 1949 bis zum März 1950 und durch die Mitte 1950 ausbrechende Korea-Krise bedrohten²⁸, änderte Erhard den wirtschaftspolitischen Kurs nicht, obwohl breite Kreise der Öffentlichkeit die Marktwirtschaft nicht für geeignet hielten, die Krisen zu meistern. Die Fähigkeit Erhards, sich wirtschaftspolitisch in den Geburtsjahren der Marktwirtschaft 1948 - 1953 durchzusetzen, mag dadurch gestärkt worden sein, daß er "eine sowohl von den Deutschen selbst als auch von den Besatzungsmächten anerkannte, politisch unbelastete und zudem sowohl in der Wirtschaftswissenschaft als auch in der Wirtschaftspolitik bewanderte Persönlichkeit"²⁹ war³⁰.

Die Hervorhebung der Verdienste Erhards schmälert nicht den Anteil, der dem Parlament, der Bundesregierung, der Deutschen Bundesbank (früher der Bank deutscher Länder unter Führung ihres Präsidenten Dr. Vocke), der aufbaubegierigen Bevölkerung, der lohnpolitischen Zurückhaltung der Gewerkschaften und anderen Faktoren am wirtschaftlichen Wiederaufbau zukommt. Diese Faktoren zu beschreiben und abzuwägen, ist Aufgabe einer Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit³¹.

Nicht unerwähnt bleiben sollen auch die Verdienste von Wissenschaftlern, die, wie z. B. Oswald von Nell-Breuning, durch eine in-

²⁷ Vgl. dazu L. Erhard, *Deutsche Wirtschaftspolitik*, a.a.O.

²⁸ Vgl. dazu H. C. Wallich, a.a.O., S. 70 ff. und G. Stolper, K. Häuser, K. Borchardt, a.a.O., S. 261 - 266.

²⁹ C. Mötteli, a.a.O., S. 38.

³⁰ Zu den politischen Bedingungen in der Zeit der Realisierung der Sozialen Marktwirtschaft vgl. R. Blum, a.a.O.

³¹ Vgl. etwa K. Hardach, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1993; F.-W. Henning, *Das industrialisierte Deutschland 1914 bis 1992*, 8. Aufl., Paderborn 1974; H. Winkel, *Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945 - 1970*, Wiesbaden 1974; H. Jaeger, *Geschichte der Wirtschaftsordnung in Deutschland*, Frankfurt/Main 1988. Vgl. auch W. Abelshäuser, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980*, 7. Aufl., Frankfurt/Main 1993, der der Wirtschaftsordnung für den Wiederaufbau und die Entwicklung wenig Bedeutung zumißt, und die Kritik von R. Klump, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 1985.

²⁵ Müller-Armack ist auch der Schöpfer des Begriffs "Soziale Marktwirtschaft", vgl. dazu A. Müller-Armack, *Soziale Marktwirtschaft*, in: *Wirtschaftsspiegel*, 1947.

²⁶ Vgl. zu den Verdiensten Erhards V. Hemschel, Ludwig Erhard, *Ein Politikerleben*, München und Landsberg a. Lech 1996.

tensive Teilnahme an der Diskussion über Grundsatzfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und sozialpolitische Fragen (Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Investivlohn, Rolle der Gewerkschaften in einer freiheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnung, Mitbestimmung) an der Klärung von Problemen der Sozialordnung erheblichen Anteil hatten und dadurch die soziale Komponente der Sozialen Marktwirtschaft akzentuierten³².

2. Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft

Obwohl das Gedankengut der Sozialen Marktwirtschaft aus dem Ordoliberalismus der Freiburger Schule erwuchs, ist es doch nicht mit ihm identisch. Es ist wirklichkeitsnäher und betont sozialpolitische Ziele stärker als der modelhaftere Ordoliberalismus³³. Die Soziale Marktwirtschaft wird von ihren Initiatoren als "Dritter Weg" angesehen, der zwischen der Scylla eines ungezügigten, bewußt gestalter Ordnungssystemen entbehrenden marktwirtschaftlichen Kapitalismus, wie er im 19. und frühen 20. Jahrhundert in den meisten westlichen Nationen vorherrschte, und der Charlybis totalitärer Verwaltungswirtschaften, wie Hitler und Stalin sie durchgesetzt hatten, hindurchführt zu einer freiheitlichen, wirtschaftlich leistungsfähigen, dauerhaften, sozialen und gerechten Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft³⁴.

³² Vgl. dazu O. v. Nell-Brenning, *Wirtschaft und Gesellschaft heute*, 3. Bde., Freiburg 1956, 1957, 1960 sowie ders., *Rolle und Aufgabe des Staates im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft*, vervielfältigtes Manuskript.

³³ Vgl. dazu H. Giersch, *Allgemeine Wirtschaftspolitik*, Grundlagen, Wiesbaden 1960, S. 188.

³⁴ Vgl. zum Inhalt der Konzeption vor allem folgende Arbeiten: W. Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, 5. Aufl., Tübingen, 1975; F. Böhm, *Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtschöpferische Leistung*, Stuttgart - Berlin 1937; ders., *Die Aufgaben der freien Marktwirtschaft*, Heft 14 der Schriftenreihe der Hochschule für politische Wissenschaften, München, 1951; L. Milsch, *Wettbewerb als Aufgabe*. Die Grundsätze einer Wettbewerbsordnung, Stuttgart - Berlin 1937; ders., *Gedanken zur Wirtschaftsordnung*, Wiesbaden 1948; W. Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 5. Aufl., Bern - Stuttgart 1979; F. A. v. Hayek, *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, 2. Aufl., Salzburg 1976; ders., *Die Verfassung der Freiheit*, a.a.O.; A. Müller-Armack, *Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft*, *Frischschriften und weiterführende Konzepte*, 1. Aufl., Bern - Stuttgart 1974; F. A. Lutz, *Das Grundproblem der Geld-*

Die Soziale Marktwirtschaft zielt als eine wirtschaftspolitische Konzeption auf eine Synthese zwischen rechtsstaatlich gesicherter Freiheit, wirtschaftlicher Freiheit - die wegen der Unteilbarkeit der Freiheit als notwendiger Bestandteil einer freiheitlichen Ordnung überhaupt angesessen wird - und den sozialstaatlichen Idealen der sozialen Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit³⁵. Diese Zielkombination von Freiheit und Gerechtigkeit gibt der Begriff Soziale Marktwirtschaft wieder: Marktwirtschaft steht für wirtschaftliche Freiheit. Sie besteht in der Freiheit der Verbraucher, Güter nach beliebiger Wahl aus dem Sozialprodukt zu kaufen (Konsumfreiheit), in der Freiheit der Produktionsmitteleigentümer, ihre Arbeitskraft, ihr Geld, ihre Sachgüter und unternehmerischen Fähigkeiten nach eigener Wahl einzusetzen (Gewerbefreiheit, Freiheit der Berufs- und Arbeitsplatzwahl, Freiheit der Eigentumnutzung), in der Freiheit der Unternehmer, Güter eigener Wahl zu produzieren und abzusetzen (Produktions- und Handelsfreiheit) und in der Freiheit jedes Käufers und Verkäufers von Gütern oder Leistungen, sich neben anderen um das gleiche Ziel zu bemühen (Wettbewerbsfreiheit). Ihre Grenzen finden diese Freiheitsrechte da, wo die Rechte Dritter, die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verletzt werden (Art. 2, Abs. 1 GG). Das Attribut "sozial" soll zum Ausdruck bringen:

1. daß die Marktwirtschaft allein wegen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, wegen der Schaffung der wirtschaftlichen Voraussetzungen eines "Wohlstands für alle" und wegen der Gewähr-

verfassung, Stuttgart 1936; *Ordo*, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, sowie die Veröffentlichungen in der Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. Eine Kritik der neoliberalen Konzeption findet sich bei E. Nawroth, *Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus*, 2. Aufl., Heidelberg - Löwen 1962. Eine Analyse und Kritik sozialer und sozialpolitischer Auffassungen des Neoliberalismus enthält H. P. Becker, *Die soziale Frage im Neoliberalismus*, Heidelberg - Löwen 1965.

³⁵ Vgl. zu den Wertgrundlagen der Sozialen Marktwirtschaft auch G. Gutmann, *Ethische Grundlagen und Implikationen der ordnungspolitischen Konzeption "Soziale Marktwirtschaft"*, in: G. Gutmann, A. Schüller (Hrsg.), *Ethik und Ordnungswissenschaften der Sozialen Marktwirtschaft*, in: *Zeitschrift für Unternehmensentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft*, in: *Zeitschrift für Unternehmensentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft*, in: J. Lampert, *Die Wertgrundlagen der Sozialen Marktwirtschaft*, in: J. Becker (Hrsg.), *Wertpluralismus und Wertewandel heute*, Augsburg 1982.

2. daß die Marktfreiheit aus sozialen Gründen dort beschränkt werden soll, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigen würde, bzw. daß die Ergebnisse eines freien Wirtschaftsprozesses korrigiert werden sollen, wenn sie nach den Wertvorstellungen der Gesellschaft nicht sozial genug erscheinen.

Daher kann nach Müller-Armack der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft "als eine ordnungspolitische Idee definiert werden, deren Ziel es ist, auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden. Auf der Grundlage einer marktwirtschaftlichen Ordnung kann ein vielgestaltiges und vollständiges System sozialen Schutzes errichtet werden."³⁶

Für das Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft, ihre Inhalte, Entwicklungsmöglichkeiten und Brauchbarkeit zur Bewältigung künftiger Aufgaben wesentlich ist, daß die Soziale Marktwirtschaft als eine grundwertbezogene Sozialtechnologie mit einem für Veränderungen offenen Zielsystem verstanden wird. "Soziale Marktwirtschaft ist keine Philosophie über das Wertfundament unserer Gesellschaft. Dies überläßt sie dem vom Religiösen oder Philosophischen her urteilenden Normensystem. Sie ist vielmehr ein irenischer Ordnungsgedanke, eine Stilform, durch die versucht wird, die wesentlichen Ziele unserer freien Gesellschaft zu einem neuen, bisher in der Geschichte noch nicht realisierten praktischen Ausgleich zu bringen."³⁷

Der wohl höchste Grundwert, auf den die Soziale Marktwirtschaft bezogen ist, ist die Humanität. Müller-Armack schreibt dazu:³⁸ "Letztes Kriterium einer ... Ordnung kann nicht ein Ziel wie Macht oder Recht, Mehrheit oder Freiheit, Demokratie oder Diktatur sein, sondern nur dies eine: Humanität ... Humanitas ist für uns der Inbegriff alles dessen, was wir aus einem tieferen Verstehen des Menschen ... heraus als Wesensvoraussetzung seines Daseins und seiner Daseinserfüllung verstehen ... Zum Wesen des Menschen ge-

hört die geschichtliche Offenheit und die Freiheit, jeweils neue und verschiedenartige Ziele zu setzen, die alle Berücksichtigung erheischen und uns stets zu einem Ausgleich zwingen ... Nur eine offene Ordnung kann dem genügen ... Nur eine indirekte Ordnung bietet den Spielraum, die Fülle der menschlichen Aufgaben zu einem auch nur einigermaßen erträglichen Ausgleich zu bringen".

Zum Menschenbild der Neoliberalen gehört die Überzeugung, daß jedes Gesellschaftsmitglied unveräußerliche Grundrechte, insbesondere das Recht auf Menschenwürde und freie Entfaltung der Persönlichkeit, hat, und daß die Gesellschaftsmitglieder deswegen die Möglichkeit haben müssen, ihre individuelle Wohlfahrt innerhalb des von der Gesellschaft gezogenen rechtlichen und sittlichen Rahmens selbst zu definieren und zu verwirklichen. Diese Zielsetzung, eine freie Entfaltung, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung zu ermöglichen, macht es erforderlich, im wirtschaftlichen Bereich dezentrale Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu organisieren, d. h. die wirtschaftliche Aktivität marktwirtschaftlich zu lenken. Da der geordnete Markt auf einer gegenseitigen Abstimmung der individuellen Wirtschaftspläne beruht, die wirtschaftliche Koordinierung durch die unmittelbar vom Ergebnis Betroffenen erfolgt und auf Wettbewerbsmärkten ein Verhältnis der Gleichordnung besteht, sichert die marktwirtschaftliche Ordnung ein hohes Maß an Selbstbestimmung und Freiheit. "Wir dürfen" - so schreibt Röpke - "mit Nachdruck hinzufügen, daß die auf der Marktwirtschaft beruhende Gesellschaft unseres Zeitalters den Anspruch erheben kann, die am wenigsten auf Zwang und Gewalt beruhende der Geschichte zu sein."³⁹ Die Achtung vor dem Menschen wird auch angesprochen, wenn derselbe Autor betont, es sei zugleich ein Gebot der Moral und der Menschlichkeit und ein solches der staatsmännischen Klugheit, die Wirtschaftspolitik dem Menschen und nicht den Menschen der Wirtschaftspolitik anzupassen.⁴⁰

Die seit Gründung der Bundesrepublik verfolgten Ziele der Sozialen Marktwirtschaft und die zu ihrer Erreichung nach dem

³⁶ A. Müller-Armack, Art. "Soziale Marktwirtschaft", a.a.O.

³⁷ A. Müller-Armack, Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, a.a.O., S. 150.

³⁸ Eberda, S. 212 f.

³⁹ W. Röpke, Jenseits von Angebot und Nachfrage, a.a.O., S. 177.

⁴⁰ Vgl. ebenda, S.23.

Ordnungskonzept einzusetzenden Mittel lassen sich wie folgt formulieren⁴¹:

1. Verwirklichung eines möglichst großen wirtschaftlichen Wohlstands
 - a) durch Herstellung einer Wettbewerbsordnung⁴²;
 - b) durch eine bewußte Wachstumspolitik, die ein stetiges und angemessenes Wachstum sichert⁴³ und sich solcher wirtschaftspolitischer Instrumente bedient, die die wirtschaftliche Freiheit möglichst wenig einengen;
 - c) durch Sicherung der Vollbeschäftigung, die auch aus sozialen Gründen erstrebt wird, weil so jedem Arbeitstüchtigen und Arbeitswilligen Einkommen gesichert werden kann⁴⁴;
 - d) durch Gewährleistung der Außenhandelsfreiheit, der freien Austauschbarkeit der Währungen und durch den Ausbau der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, weil die deutsche Wirtschaft in hohem Maße ausfuhrabhängig ist, weil die wirtschaftliche Freiheit im Inneren an die wirtschaftliche Freiheit nach außen gebunden ist und weil die Auffassung besteht, daß die wirtschaftliche Freiheit nach außen den Wohlstand erhöht, so wie die wirtschaftliche Freiheit im Inneren der Volkswirtschaft den Wohlstand fördert.
2. Sicherung einer wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Geldordnung, d. h. insbesondere Sicherung der Stabilität des Preisniveaus,
 - a) durch eine unabhängige Zentralnotenbank;

41 Vgl. dazu ebenda; L. Erhard, Deutsche Wirtschaftspolitik, a.a.O.; H. Giersch, Allgemeine Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 188 ff.; vgl. auch die Regierungserklärungen der Jahre 1953, 1957 und 1961.

42 Vgl. dazu Dritter Teil, V.

43 Vgl. dazu das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14.08.1963, nach dem ein aus fünf Sachverständigen bestehender Rat der Bundesregierung und dem Parlament alljährlich ein Gutachten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorzulegen hat. § 2 beauftragt den Sachverständigenrat, "die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung" darzustellen und zu untersuchen, "wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können".

44 Vgl. dazu Dritter Teil, VII, C, 4.

- b) durch "Stabilität" des Staatshaushalts (Müller-Armack);
- c) durch Sicherung des Zahlungsbilanzausgleichs und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.

3. Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und sozialer Fortschritt, insbesondere Familiensicherung, gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung,

- a) durch die Maximierung des Sozialprodukts als wirtschaftlicher Grundlage sozialer Sicherheit;
- b) durch Herstellung einer Wettbewerbsordnung, weil diese soziale Ungerechtigkeiten auf ein Minimum reduziert und gleichzeitig den sozialen Fortschritt fördert⁴⁵;
- c) durch staatliche Korrektur der ursprünglichen Einkommens- und Vermögensverteilung in Form von Sozialhilfeleistungen, Renten und Ausgleichszahlungen, Wohnungsbauzuschüssen, Subventionen, Maßnahmen der Förderung der Vermögensbildung usw., wobei die sozialpolitischen Korrekturen die Selbstverantwortung des einzelnen und der sozialen Gruppen, die Freiheit und Leistungsbereitschaft der einzelnen und die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft so wenig wie möglich beeinträchtigen sollen.

Diese wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele und Mittel erhalten ihren Sinnbezug letztlich von außerökonomischen, gesellschaftspolitischen Zielen. Wilhelm Röpke hat das wie folgt zum Ausdruck gebracht:

"Wir wollen keinen Abruch an Marktwirtschaft, Wettbewerb und freier Wirksamkeit des Preismechanismus, keinen gutgeschüttelten Cocktail von Markt-, Monopol- und Kommandowirtschaft. Aber ebenso gut wissen wir, daß, wenn wir eine reinliche, freie und auf dem Wettbewerb beruhende Marktwirtschaft anstreben, diese nicht frei im gesellschaftlichen, politischen und moralischen Raum schweben kann, sondern von einem politischen und moralischen Rahmenwerk gesellschaftlicher, politischer, moralischer Art gehalten und geschützt werden muß. Recht, Staat, Sittlichkeit und Moral, feste Normen und Wertüberzeugungen ... gehören zu diesem Rahmen nicht minder als eine Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, die jenseits des Marktes Interessen ausgleicht, Schwache schützt, Zügellose im Zaum

45 Vgl. dazu Dritter Teil, V.

hält, Auswache beschränkt, Macht begrenzt, Spielregeln setzt und ihre Innehaltung bewacht. Um diese Vorstellung auf den schärfsten Ausdruck zu bringen: Marktwirtschaft ist eine notwendige, aber keine ausreichende Bedingung einer freien, glücklichen, wohlhabenden, gerechten und geordneten Gesellschaft. Marktwirtschaft in einer atomisierten, verarmten, proletarischen und der Konzentration anheimgefallenen Gesellschaft ist etwas durchaus anderes als Marktwirtschaft in einer Gesellschaft mit breiter Streuung des Eigentums, standfesten Existenzen und echten Gemeinschaften, die beginnend mit der Familie, den Menschen und echten Halbgewesen, mit Gegengewichten gegen Wettbewerb und Preismechanik, mit Individuen, die verwurzelt und deren Dasein nicht von den natürlichen Anker des Lebens losgerissen ist. Mit anderen Worten: Das schließliche Schicksal der Marktwirtschaft mit ihrem bewunderungswürdigen und völlig unersetzlichen Mechanismus von Angebot und Nachfrage entscheidet sich - jenseits von Angebot und Nachfrage."⁴⁶

Eine eingehendere Darstellung des Zielbündels, das im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft erstrebt wird, und eine ausführlichere Darstellung der Mittel, die zu ihrer Erreichung eingesetzt werden, finden sich im Dritten Teil.

Literatur zum Zweiten Teil

Dapper, K. P., Hahn, G., Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft. Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland 1945/49 - 1981, Baden-Baden 1983

Hahn, G., Bibliographie zur Sozialen Marktwirtschaft. Die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland 1982 - 1987, Baden-Baden 1989

A. Zu Kapitel I

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, Berlin 1947

Erhard, L., Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, 2. Aufl., Düsseldorf u. a. 1962

Ders., Wohlstand für alle, bearbeitet von W. Langer, 8. Aufl., Düsseldorf 1964

⁴⁶ W. Röpke, Marktwirtschaft ist nicht genug, in: Hat der Westen eine Idee?, Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Ludwigsburg 1957, S. 10 f.

Götz, H. H., Weil alle besser leben wollen. Portrait der deutschen Wirtschaftspolitik, Düsseldorf - Wien 1963

Hardach, K., Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, 3. Aufl., Göttingen 1993

Harmsen, G., Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard, Bremen 1947

Hemming, F. W., Das industrialisierte Deutschland 1914 - 1992, 8. Aufl., Paderborn 1993

Kister, H., Die Bundesrepublik Deutschland. Vorgeschichte und Geschichte 1945 - 1983, Bonn 1985

Mittelungskriter der Verwaltungsgames für Wirtschaft 1947 - 1949

Möller, H. (Hrsg.), Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, Basel - Tübingen 1961

Stolper, G., Die deutsche Wirklichkeit, Hamburg 1949

Stolper, G., Häuser, K., Borchardt, K., Deutsche Wirtschaft seit 1870, 2. Aufl., Tübingen 1966

Wallich, H. C., Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs, Frankfurt 1955

B. Zu Kapitel II

Becker, H. P., Die soziale Frage im Neoliberalismus, Heidelberg - Löwen 1965

Behke, R., Der Neoliberalismus und die Gestaltung der Wirtschaftsverfassung in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1961

Bium, R., Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus, Tübingen 1969

Ders., Marktwirtschaft, soziale, in: Albers, W. u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 5, Stuttgart u. a. 1978

Böhm, F., Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtschöpferische Leistung, Stuttgart - Berlin 1937

Ders., Die Aufgaben der freien Marktwirtschaft, Heft 14 der Schriftenreihe der Hochschule für Politische Wissenschaften, München 1951

Dür, E., Wesen und Ziele des Ordoliberalismus, Winterthur 1954

Erhard, L., Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, 2. Aufl., Düsseldorf 1962

Ders., Wohlstand für alle, bearbeitet von W. Langer, 8. Aufl., Düsseldorf 1964

Giersch, H., Allgemeine Wirtschaftspolitik. Grundlagen, Wiesbaden 1960

Hayek, F. A. v., Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, 2. Aufl., Salzburg 1976

Ders., Die Verfassung der Freiheit, 2. Aufl., Tübingen 1983

Hiesche, E., Der Leidensweg der deutschen Währungsreform, München 1948

Hohmann, K., Schmitz, D., Wünsche, K. F., Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft, Bd. 2, Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft, Stuttgart-New York 1988

Hunold, A. (Hrsg.), Wirtschaft ohne Wunder, Erlenbach - Zürich 1953

Lampert, H., Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: Albers, W. u. a. (Hrsg.), Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 8, Stuttgart u. a. 1980

Ders., Die Wertgrundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, in: J. Becker (Hrsg.), Wertpluralismus und Wertewandel heute, München 1982